

## **Statistik: In Holzlar gibt es besonders viele arme Kinder**

### **SPD lädt zu einer Diskussion zum Thema Kinderarmut ein. Geplante Abschaffung des Bonn-Ausweises sorgt für Empörung**

**GIELGEN.** Jedes siebte Kind in Deutschland lebt unterhalb der Armutsgrenze. Kinderarmut gibt es folglich auch in Bonn. Um noch konkreter zu werden: Kinder, die materiell und schulisch benachteiligt sind, leben direkt in der Nachbarschaft. Dies machte Bernhard „Felix“ von Grünberg, sozialpolitischer Sprecher der Bonner SPD-Fraktion, bei einem Bürgergespräch in der Gaststätte „Rosen“ deutlich.

Neuesten Statistiken zufolge sei vor allem in Holzlar die Armut der Kinder besonders groß. Nach Angaben des städtischen Statistikamtes leben in Holzlar 472 sogenannte Bedarfsgemeinschaften, das sind 1.115 Menschen, die „Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (das sogenannte Hartz IV) beziehen. Bei fast der Hälfte dieser Personen handelt es sich um Jugendliche im Alter bis einschließlich 25 Jahre.

Aus diesem Grunde sorgte die erneut angestoßene Diskussion über die Abschaffung des Bonn-Ausweises (der GA berichtete) in der Runde für besondere Empörung. „Nach Informationen eines Grundschullehrers aus Holzlar würde dies dazu führen, dass hier bereits jedes fünfte Kind morgens in der Schule nichts zu essen bekäme“, sagte Gaby Zimmermann, Ortsvereinsvorsitzende der SPD Holzlar-Hoholz. Der Bonn-Ausweis ermögliche Kindern, deren Eltern nicht erwerbstätig sind und Hartz IV beziehen, ein kostenloses Frühstück in der Grundschule zu bekommen. Zudem stehen den Bonn-Ausweis-Inhabern weitere erhebliche Vergünstigungen zu, beispielsweise bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

„Wenn der Bonn-Ausweis wegfallen würde, müssten die vollen Preise gezahlt werden“, sagte von Grünberg. „Bei einer Hin- und Rückfahrt von Holzlar in die Bonner Innenstadt wären das rund fünf Euro pro Tag“. Von Grünberg machte weitere Vorschläge, wie die Situation in Bonn verbessert werden könnte. „In Zukunft sollte die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) umgestaltet und mehr Beratung geschaffen werden“. Im Anschluss konnten die Gäste dem sozialpolitischen Sprecher der SPD weitere Fragen stellen und diskutieren. bva